

Mit Bürokratie Wettbewerb basteln

Die Vergabe der Fernverkehrskonzessionen durch das Bundesamt für Verkehr (BAV) entwickelt sich zu einer weiteren Posse, einem hilflosen Versuch, mit Bürokratie Marktwirtschaft zu basteln (NZZ 13. 6. 18). Eigentlich weiss wohl auch das BAV, dass ein SBB-Monopol für den Fernverkehr auf dem hoch belasteten Schweizer Schienennetz bisher gut funktioniert hat und ein «natürliches» Monopol ist. Das spürt man an den hilflos wirkenden Erklärungen, mit denen der BAV-Sprecher den bürokratisch konstruierten Wettbewerb rechtfertigen muss. Glaubhaft wirken diese Versuche in keiner Weise. Aber unsere wettbewerbsversessene libertäre Politik hat es so beschlossen: Wettbewerb überall, auch dort, wo er mit riesiger Bürokratie gebastelt und dann überwacht und kontrolliert werden muss. Ähnliches, wenn auch unter anderen Vorzeichen, erleben wir in der Gesundheitspolitik, mit dem Postauto-Skandal usw. Die Postoberen haben sich eben – zwar unrechtmässig – nach jener Marktlogik verhalten, die ihnen die Politik mit Wettbewerb aufzwingen hat: Wenn jeder für sich schaut, geht es allen gut. Im Liberalisierungseifer haben wir in den letzten Jahrzehnten verlernt zu unterscheiden, wo Wettbewerb volkswirtschaftlich und gesellschaftlich nützlich ist und wo er krankhaft erzwungen wird und insgesamt schädlich wirkt.

Samuel Mauch, Oberlunkhofen

Peinlicher Anerkennungsruf

Während andere Zeitungen diese Aufmerksamkeit generierende Initiative der SP und ihres Präsidenten Levrat oberflächlich abhandeln, leuchtet die NZZ mit dem analytischen Artikel «Der «Schweizer Islam» weckt starken Widerstand» (NZZ 6. 6. 18) die ganze Problematik vertieft aus. Gut, dass die NZZ die peinlichen Anerkennungsrufe und unrealistischen Forderungen der SP für einen schweizerischen Islam hervorragend qualifiziert. Wenn SP-Präsident Levrat einen Swiss-made-Islam fordert mit eigenen Kirchensteuern, Schulen und Imamausbildung, so greift er unsere christlich-europäische Geschichte und unsere Werte an. Man stelle sich vor, was abliefe, wenn gewisse Kreise in islamischen Staaten ein entsprechend massgeschneidertes integrierendes Christentum forderten. Der Islam, seine Kultur und seine Traditionen sind und werden hierzulande nie identitätsstiftend und kulturprägend sein. Die Schweiz ist christlich-abendländisch geprägt mit humanistischen und jüdischen Wurzeln. Hingegen sind die gut integrierten Landsleute muslimischen Glaubens, die sich zu unseren Werten und zu unserer Kultur bekennen, Teil unserer Gesellschaft. Das gilt für alle Immigranten. Wehret den Anfängen. Der Präsident der sozialdemokratischen Partei hat noch enorme Defizite in nationalen und internationalen soziokulturellen Themen, die mit den Problemen der Islamisierung

Europas verbunden sind. Aber diese effekthaschende Botschaft Levrats passt zur Linken, die hierzulande den säkulareren Zivilstaat untergräbt. Einmal mehr stehen die Sozialdemokraten auf der falschen Seite der Geschichte.

Roger E. Schärer, Feldmeilen

Sonderpädagogische Flickschusterei

Die Ratlosigkeit rund um die integrative Schule hält an (NZZ 18. 6. 18). Diese ist zwingend zum Scheitern verurteilt, weil sie elementare Voraussetzungen für ein solides Lernen und Unterrichten missachtet, als da sind: Konstanz der Bezugspersonen und der Klassenzusammensetzung, Kontinuität im Unterrichtsverlauf sowie Erziehung und Schulung in Klassenverbänden mit nicht allzu breit gestreuten Lernvoraussetzungen unter den Schülern. Auch der Schulversuch Fokus starke Lernbeziehungen nimmt nur eine einzige Erkenntnis früherer Schulführung auf, nämlich die wichtige Rolle von konstanten Bezugspersonen. Sonst beharrt man weiterhin auf dem Dogma, alle Kinder, ungeachtet ihrer unterschiedlichen intellektuellen Leistungsfähigkeit und ihres entwicklungsständigen Reifestandes, in Regelklassen unterrichten zu wollen. Dieser pädagogischen Unmöglichkeit glaubt man dadurch zu begegnen, indem man die Schüler mit Lern- und Verhaltensproblemen regelmässig aus dem Klassenverband herausnimmt, sie also separiert, und glaubt, sie dadurch wieder auf Vordermann bringen und erst noch gruppenfähig machen zu können.

Auch behinderte und erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche sollen vorerst unbeding in einem Gruppen- oder Klassenverband gefördert werden, in welchem sie mit Schülern zusammen sind, die vergleichsweise ähnliche Lernvoraussetzungen mitbringen, und somit Erfolgserlebnisse erfahren. Andernfalls sind sie dauernd überfordert und benachteiligt, und wertvolle Zeit für Grundlagenförderung geht verloren. Denn eine Summe von therapeutischen Zweierbeziehungen ergibt noch keine Sozialisation. Diese muss im Gruppen- und Klassenverband gelebt und geübt werden. Das Problem ist nur, dass die Absolventen der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik nur noch in der Lage sind, Einzelförderung zu betreiben statt Klassenunterricht unter erschwerten Bedingungen. Das ist der eigentliche Mangel, der durch noch so vielfältige unterrichtliche Flickschusterei nicht behoben werden kann.

Peter Schmid, Frauenfeld

Verantwortung von Verwaltungsräten

Mit Recht wird in der Berichterstattung (NZZ 15. 6. 18) über Raiffeisen auf zwei andere Firmen hingewiesen (Swissair und UBS). Das Problem ist, dass in solchen Unternehmen im Verwaltungsrat Personen sitzen, die neben der Haupttätigkeit zu viele Mandate haben. Sie haben zu wenig Zeit, die Probleme eingehend zu studieren, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und im Verwaltungsrat entsprechend für reelle Lösungen zu kämpfen. Eine Abhilfe wäre, die Zahl der Mandate einzuschränken, was aber sehr schwierig ist, da die einzelnen Per-

sonen aufgrund ihrer Fähigkeiten für die Besetzung einer unterschiedlichen Zahl von Posten geeignet sind.

Paul Florin, Zürich

Ausgehend vom Finma-Urteil beschreibt Daniel Imwinkelried (NZZ 15. 6. 18) einen Raiffeisen-Verwaltungsrat (VR), der seine Verantwortung offenbar nicht wahrgenommen hat. Die Finanzmarktaufsicht Finma will nun Remedur schaffen, indem sie vom VR mehr Fachwissen fordert. Das ist zumindest teilweise der falsche Ansatz. Verlangt werden sollten vielmehr starke Persönlichkeiten im VR, die den Mut haben, die richtigen Fragen zu stellen und die Erklärungen ihrer Geschäftsleitung infrage zu stellen. Es wäre kein Fachwissen nötig gewesen, um von Pierin Vinzenz überzeugend erklärt zu bekommen, warum, mit welchem Geld und zu welchem Preis er die Beteiligung an der Investnet Holding von Raiffeisen erwerben wollte. Dazu braucht es lediglich ein bisschen Courage. (Bank-)Fachwissen wäre eher schädlich, denn der gesunde Menschenverstand ist hier eher zielführend. Als ich mich seinerzeit bei der Finma als CEO eines eben zugelassenen Vermögensverwalters nach KAG persönlich vorstellen wollte, wurde mein Anliegen als «unüblich» beurteilt und abgelehnt. Es ist natürlich einfacher, relativ frei gestaltete Lebensläufe abzusegnen, als mit den Verantwortlichen ein kritisches Gespräch zu führen. Starke und kritische Persönlichkeiten braucht unsere Wirtschaft; die Finma auch und die Banken sowieso.

Hugo Zeltner, Mettmenstetten

Leute wie Pierin Vincenz neigen naturgemäss dazu, Grenzen zu strapazieren und zu überschreiten. Das ist nicht besonders problematisch, solange sie durch eine gut verankerte Corporate Governance in die Schranken gewiesen beziehungsweise kontrolliert werden. Leider ist in der Praxis zu beobachten, dass Verwaltungsräte in zu vielen Fällen zu wenig unabhängig sind. Zudem sind sie entweder zu wenig qualifiziert, oder sie haben nicht die persönliche Grösse und Standfestigkeit, um sich falsch entwickelnde Konstellationen zu erkennen und zielführend einzugreifen. Leute wie Vincenz können sich ihr Verhalten leisten, weil sie von zu vielen grauen Duckmäusern umgeben sind.

Stefan Dähler, Frauenfeld

Entwicklungshilfe

Um seinen Standpunkt zu rechtfertigen, bemüht Philipp Aerni eine reduktionistische Sicht auf das Nachhaltigkeitsziel 8 der Uno (NZZ 15. 6. 18): «Wachstum durch Unternehmertum» soll Armut und Ungleichheit weltweit beseitigen. Er blendet dabei sämtliche sozialen und nachhaltigkeitsorientierten Aspekte der Uno-Agenda 2030 aus und unterschlägt zentrale Aussagen des Nachhaltigkeitsziels 8: «Menschenwürdige Arbeit für alle und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung». Welch fatale Wirkung eine solch isolierte Wachstumsdoktrin entfaltet, konnten wir in den letzten Jahrzehnten bereits zur Genüge erfahren: Globale Ungleichheit, Übernutzung von Ressourcen und Klimawandel sind die Folge. Wer sich weigert, die Ursachen von Ungleichheit und die natürlichen Grenzen unseres Planeten zu erkennen, ist kaum an einer nachhaltigen globalen Entwicklung interessiert.

Felix Gnehm, Direktor Solidar Suisse

TRIBÜNE

Zahlenakrobatik der Gewerkschaften in der Baubranche

Gastkommentar

von GIAN-LUCA LARDI

Um immer mehr fordern zu können, versuchen die Gewerkschaften, die Löhne im Bauhauptgewerbe systematisch schlechterzureden. Bei der eigenen Basis muss für längst geplante Demonstrationen nun sogar künstlich die nötige Stimmung kreiert werden. Dazu greifen die Gewerkschaften zu grenzwertiger Zahlenakrobatik und verbreiten wider besseres Wissen öffentlich falsche Zahlen.

Im Bauhauptgewerbe werden die besten Handwerkerlöhne bezahlt. Seit 2008 kann sich das Baustellenpersonal über einen Kaufkraftzuwachs – also nach bereinigter Inflation – von ansehnlichen acht Prozent erfreuen. Das Baustellenpersonal inklusive der Poliere verdient 2018 im Durchschnitt über 6000 Franken, wobei dreizehn Monatslöhne garantiert sind. Weit mehr als die Hälfte dieser Mitarbeiter verfügen dabei über keinen Lehrabschluss. Das heisst: Sie haben keine Ausbildung mit einschlägigem Berufsabschluss oder wurden in branchenspezifischen Kursen ausgebildet. Trotzdem verdient das Baustellenpersonal im Durchschnitt ziemlich genau den Medianlohn aller Arbeitnehmer über sämtliche Branchen gerechnet. Mit anderen Worten: Die Löhne des Baugewerbes – als der wohl einzigen handwerklichen Branche – können sich mit akademischen Salären messen.

Ergänzt werden die hohen Löhne durch grosszügige Lohnnebenleistungen. Mittagszuschüsse und Nacht- und Wochenendszuschläge sowie volle 5,5 Lohnprozent von Arbeitgeberseite für die Frührente Bau lösen bei Vertretern anderer Branchen ungläubiges Staunen aus. Für die Gewerkschaften ist diese Situation

Aus dieser effektiven Lohnsteigerung machten die Gewerkschaften mit unehrlichen Tricks Lohnnebenleistungen.

zweischneidig. Sie haben in der Vergangenheit die Löhne in der Baubranche auf ein so hohes Niveau getrieben, dass sich noch höhere Forderungen kaum rechtfertigen lassen.

Doch die Logik der Gewerkschaften verlangt nach ständig extremeren Forderungen, auch wenn sie von der Realität immer weiter weg sind und Unternehmen und deren Arbeitsplätze in der Schweiz in der Existenz bedrohen. Zahlen werden zurechtgebogen, Informationen unterschlagen. Konkret behaupten die Gewerkschaften etwa in einer Medienmitteilung von Mitte Mai, die Löhne im Bauhauptgewerbe lägen unter dem Schweizer Durchschnittslohn. Dabei unterschlagen die Funktionäre von Unia und Syna nicht weniger als den ganzen dreizehnten Monatslohn, den Bauleute Ende Jahr ausbezahlt bekommen. Redlichkeit und Ehrlichkeit sehen anders aus. 2018 verdienen insbesondere Mitarbeitende der tiefsten Lohnklasse mehr, weil sehr viele in die nächsthöhere Lohnklasse befördert wurden. Die schon bisher hohen Löhne auf dem Bau stiegen im Schnitt nochmals an. Da aber verhältnismässig erfahrene und entsprechend gutverdienende Mitarbeiter aus der tiefsten Lohnklasse heraus befördert wurden, ist dort der statistische Durchschnitt gesunken, obwohl die Mitarbeitenden mehr verdienen. Aus dieser effektiven Lohnsteigerung machten die Gewerkschaften mit unehrlichen Tricks Lohnnebenleistungen. Eine ehrliche und lösungsorientierte Politik ist das definitiv nicht.

Trotz diesen unseriösen und populistischen Machenschaften der Gewerkschaften ist der Schweizerische Baumeisterverband optimistisch, dass für die Branche gute und nachhaltige Lösungen in einem neuen GAV gefunden werden können. Denn trotz dem Gepolter und der politischen Kampagnenarbeit bin ich zuversichtlich, dass sich die Gewerkschaften auf unser gemeinsames Interesse als Sozialpartner besinnen werden – den Erhalt von guten, vor allem inländischen Arbeitsplätzen zu fairen Bedingungen. In diesem Sinne wünsche ich den Gewerkschaften eine gelungene und heisse Demonstration, die sie schon seit langem für den 23. Juni in Zürich angesagt haben. Und ich wünsche ihnen kühle und besonnene Köpfe danach mit uns am Verhandlungstisch.

Gian-Luca Lardi ist Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 239. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer

Stellvertreter:

Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schärer, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andras Wysling, Werner J. Marti, Andreas Ernst, Beat Bumbacher, Nina Beltz

Christian Weisflog, Daniel Steinvoth, Ivo Mijnsen, Dominique Burckhardt

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Marcel Gyr, Paul Schneberger, Claudia Baer, Jörg Krümhener, Daniel Gerny, Frank Sieber, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer
Bundeshaus: Heidi Gmör, Christof Forster, Valerie Zaslavski
Bundesgericht: Kathrin Alder
Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Erms Gallarotti, Sergio Aiolli, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rötzi Ruzick, Andrea Martel Fus, Gerald Hosp, Giorgio V. Müller, Michael Forber, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundelmeier, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller, Dominik Feldges

Feuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Thomas Ribi, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Claudia Mäder
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Walter Bernet, Stefan Hotz, Adi Kálin, Katja Baigger, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Florian Calina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch, Samuel Burgener, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidou

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt, Martin Beglinger, Birgit Schmid, Matthias Sander

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Katrin Schragenberg, Raffaella Angstmann, Tobias Ochsenbin, Michael Schilliger, Kathrin Klette, Jerni Thier
Produktionsredaktion: Christoph Fisch, Caspar Hesse, Manuela Kessler, Corinne Landolt, Benno Matti, Lucia Paška, Roland Tellerbach, Stefan Reit, Schweizer, Robin Schwarzenbach

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Stigrist, Susanna Rusterholz, Reto Gratwohl

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann
Fotografen: Christoph Ruckstuhl
Blattplanung: René Sommer
Produktion/Layout: Hansruedi Frei
Korrektur: Yvonne Bettschen
Archiv: Ruth Haener
Storytelling: David Bauer
Video: Sara Maria Manzo
Projekt: André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbühle, **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Bernet, **NZZ Folio:** Daniel Weber, **NZZ TV / Format:** Silvia Fleck, **NZZ Geschichte:** Peer Teuwen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Felix Graf (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, Fax +41 44 258 10 70, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 748 Fr. (12 Monate), 68 Fr. (1 Monat)
NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)
NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat), Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital
NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage
NZZ Kombi Print & Digital: 880 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat) NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital
NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 1. 3. 2018

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 113 073 Ex. (Wemf 2017)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors